

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Erhöhte Ausfuhr durch Einfuhrsteigerung? Persönlichkeiten aus Verwaltung und Wirtschaft äußern sich zu den "chronischen" Überschüssen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Erhöhte Ausfuhr durch Einfuhrsteigerung? Persönlichkeiten aus Verwaltung und Wirtschaft äußern sich zu den "chronischen" Überschüssen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 7, pp. 408-413

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131744>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Erhöhte Ausfuhr durch Einfuhrsteigerung?

Persönlichkeiten aus Verwaltung und Wirtschaft äußern sich zu den „chronischen“ Überschüssen

Kein Beweis für eine chronische Gläubigerposition!

Die Gesamtbilanz der Bundesrepublik, die für 1949 noch einen Passivsaldo von etwas mehr als 1 Mrd. \$ auswies, hat 1952 einen Überschuß von fast 500 Mill. \$ erreicht. Inzwischen hat sich der Aktivsaldo noch weiter erhöht. Hierbei ist die starke Gläubigerposition der Bundesrepublik bei der Europäischen Zahlungs-Union und bei zahlreichen Ländern, mit denen sie im Verrechnungsverkehr steht, von ausschlaggebender Bedeutung. Allein der Rechnungsüberschuß bei der EZU. hat Anfang Juli dieses Jahres den Betrag von 577 Mill. \$ erreicht.

Eine derartige länger andauernde Entwicklung, die in Zeiten, in denen der Transfer-Mechanismus funktioniert, durchaus als günstig anzusehen ist, kann in Zeiten der Devisenbewirtschaftung und anderer wirtschaftspolitischer Eingriffe zu erheblichen Schwierigkeiten führen. So besteht die Gefahr, daß nicht nur immer größere Teile der Ausfuhrerlöse einfrieren, sondern daß auch die in langwieriger Mühe wiedergeschaffenen Exportchancen verlorengehen.

Bevor jedoch strukturändernde Maßnahmen mit dem Ziel getroffen werden, die Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen, erscheint es wünschenswert, die Frage zu klären, ob sich die Bundesrepublik auf längere Sicht zu einem echten Gläubigerland entwickelt oder ob nicht doch schon in absehbarer Zeit die Tendenz besteht, daß der Aktivsaldo der Handelsbilanz von der Zahlungsbilanz ganz oder teilweise absorbiert wird. Eine Prognose auf längere Sicht läßt sich, abgesehen von den bekannten unwägbareren Faktoren, ohne eine genaue Untersuchung nicht geben. Doch dürfte zu erwarten sein, daß der Saldo des Außenhandels auch in den nächsten Monaten in beträchtlichem Ausmaß aktiv bleiben wird. Auf der Einfuhrseite wird mit wesentlichen Änderungen nicht zu rechnen

sein, da die stagnierenden oder sinkenden Preise der Rohstoffe keinen Anreiz bieten, die — zwar an sich nicht sehr umfangreichen — Läger zu verstärken. Selbst verbilligte Kredite oder Steuererleichterungen dürften, solange die Preis-erwartungen gleich bleiben, nicht zu einem Tendenzumschwung führen. Auf der anderen Seite ist, wie die Auftragsentwicklung zeigt, ein stärkerer Rückgang des Exports nicht zu erwarten, so daß sich für die nächste Zeit eine nennenswerte Verschiebung der Einfuhr-Ausfuhr-Relation nicht ergeben wird. Ob sich allerdings der Aktivsaldo auch über einen größeren Zeitraum in der gegenwärtigen Größenordnung bewegen wird, erscheint fraglich. Abgesehen von einer durchaus möglichen Nachfrageausweitung, etwa auf Grund einer weiteren Steigerung der Kaufkraft, der Inan-griffnahme von größeren Investitionsobjekten und des Aufbaus einer Verteidigung — Faktoren, die zu einer kräftigen Zunahme der Importe führen können —, stehen im Rahmen der Zahlungsbilanz größere Ansprüche an den Außenhandelsaktivsaldo unmittelbar bevor. Allein aus dem Londoner Schuldenabkommen und dem Israelvertrag müssen erhebliche Zahlungen geleistet werden, die in Dollars gerechnet jährlich für die Zeit von 1953 bis 1955 rund 180 Mill. \$, von 1955 bis 1957 etwa 200 Mill. \$ und danach ungefähr 250 Mill. \$ ausmachen. So wird schon von dieser Seite auf Jahre hinaus ein erheblicher Druck auf den Ausfuhrüberschuß ausgeübt werden, der sich noch verstärken wird, wenn das Wiedergutmachungsgesetz in Kraft tritt und eine großzügigere Regelung für die Sperrmarkgelder erfolgen sollte.

Unter diesen Verhältnissen müßte daher genau geprüft werden, ob es noch erforderlich ist, zusätzliche weitreichende Maßnahmen zum Abbau des Aktivsaldos zu treffen.

Hierbei sollte auch nicht übersehen werden, daß der Außenhandel eine Verflechtung mit der Weltwirtschaft bedeutet und daß sich deshalb eine grundlegende Änderung der derzeitigen westdeutschen Außenhandelssituation nicht einseitig durchführen läßt. Aus dieser Verflechtung heraus ist es, um zu einer wirklichen Normalisierung zu kommen, unumgänglich, daß von beiden Seiten, von innen und außen, Maßnahmen, die sich ergänzen, ergriffen werden. Daher müßten solche Partnerländer, die unrealistische Wechselkurse und ein durch Subventionen verzerrtes Preisgefüge haben, ihre Wechselkurse bereinigen und sich mindestens im gleichen Maße wie die Bundesrepublik bemühen, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Konvertibilität zu schaffen.

Auf der anderen Seite könnten von der Bundesrepublik verschiedene Maßnahmen getroffen werden, die der Tendenz zu einer weiteren Überschuldbildung entgegenwirken. Soweit die EZU. in Betracht kommt, ist bereits mit Wirkung vom 1. Juli dieses Jahres die Quote der Bundesrepublik um 150 Mill. \$ auf 650 Mill. \$ heraufgesetzt worden. In diesem Umfang werden die Monatsüberschüsse der Bundesrepublik zur Hälfte in Gold oder Dollar ausgezahlt, während der Rest gestundet werden muß.

Weiter wird die Möglichkeit erörtert, Warenbezüge aus dem Dollarraum in größerem Umfang als bisher über die EZU.-Länder im Transitwege einzuführen. Aber solche Einfuhren sind teurer als direkte Importe und erfordern daher vielfach Subventionen. Da sich die hierdurch bedingte Belastung des Bundeshaushalts nur in verhältnismäßig engen Grenzen halten kann, wäre von dieser Maßnahme keine größere Entlastung zu erwarten.

Außerdem wird vorgeschlagen, durch eine Senkung der Zolltarife eine Steigerung der Einfuhren herbeizuführen. Hierbei ist jedoch zu

bedenken, daß Zollsenkungen wegen der Meistbegünstigungsabreden auch Nicht-EZU.-Ländern zugute kommen müssen. Darüber hinaus sind Zollsenkungen für einen kürzeren Zeitraum sehr problematisch, da sie einen nicht unbedeutenden Unsicherheitsfaktor in den Außenhandel und in die Handelsvertragsverhandlungen hineinbringen würden. Manche Zollherabsetzungen würden der Volkswirtschaft beachtliche Vorteile bringen, doch brauchen solche Maßnahmen allein schon hinsichtlich der gesetzlichen Regelung verhältnismäßig viel Zeit.

Schließlich ist auch noch eine Freigabe des Kapitaltransfers für ausländische Anlagen in der Bundesrepublik in Erwägung gezogen worden. Eine erhebliche Schwierigkeit liegt jedoch darin, daß der überwiegende Teil eines solchen Transfers auf den Dollarraum entfallen würde, dem gegenüber die Zahlungsbilanz passiv ist. Die USA., die in London eine gleichmäßige Behandlung aller Gläubigerländer in der Frage des Transfers verlangt hatten, müßten daher zunächst erst ihre Zustimmung zum Verzicht auf diese Forderung zu-

gunsten der EZU.-Länder geben. Wenn dieses Problem auch früher oder später ohnehin gelöst werden muß, so ist eine Freigabe des Kapitaltransfers kaum geeignet, schon kurzfristig einen Abbau des Aktivsaldos herbeizuführen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der gegenwärtige Aktivsaldo im Außenhandel noch kein hinreichender Beweis dafür ist, daß die Bundesrepublik im Begriff ist, sich auf längere Sicht zu einer echten Gläubigerlation zu entwickeln. Ein erheblicher Teil der bisher aufgelaufenen Salden wird zur Erfüllung der Forderungen herangezogen werden müssen, die bereits in absehbarer Zeit an die Zahlungsbilanz herantreten. Daher dürften übertriebene Befürchtungen wegen des Aktivsaldos nicht angebracht sein, zumal die Wirtschaftspolitik über genügend Mittel und Wege verfügt, vorübergehende und auch strukturelle Schwankungen zu beseitigen. Soweit die Bundesrepublik in Betracht kommt, hat die Erfahrung gezeigt, daß die zuständigen Stellen immer noch in ausreichendem Maße darauf reagiert haben. (Gb)

lasse, da ihre Erhöhung eine Steigerung des Lebensstandards voraussetze, was nur langsam vor sich gehe.

Ist die Einfuhrfähigkeit wirklich eine gegebene Größe? Wenn man Zahlen über den Konsum vieler Dinge des täglichen Lebens (Lebensmittel, Kleidung usw.) mit Vorkriegszahlen oder etwa sogar mit Zahlen über den Konsum der Bevölkerung der USA. vergleicht, so möchte man diese Frage verneinen. Man kommt dann zu der Feststellung, daß nicht nur eine erhöhte Eigenproduktion, sondern auch eine vermehrte Einfuhr durchaus aufgenommen werden könnte. Der Satz, daß die Einfuhrfähigkeit eine gegebene Größe ist, müßte daher zumindest durch den Zusatz ergänzt werden, daß diese Feststellung allenfalls unter den augenblicklichen Preis- und Währungsrelationen Gültigkeit hat.

Diese Feststellung führt zu der Frage, ob die augenblicklichen, durch den Internationalen Währungsfonds festgelegten Währungsrelationen richtig sind, d. h. ob der Wert der verschiedenen Währungen im Verhältnis zum US.-\$ ihrem inneren Wert entspricht. Offensichtlich muß diese Frage verneint werden. Denn sind chronische Überschüsse nicht ein Zeichen für einen zu niedrigen Kurs, ebenso wie chronische Verschuldung das Zeichen zu hoher Kurse? Ein Land mit einer Währung, deren äußerer Wert höher als der innere ist, wird stets einen großen Einfuhrsog und auf der anderen Seite Schwierigkeiten beim Absatz seiner eigenen — nach außen zum überhöhten Kurs berechneten — Waren haben. Umgekehrt ist zu niedriger Außenwert einer Währung Grund für hohe — weil billige — Exporte und für geringere — weil zu teure — Importe.

Leider liegen die Dinge für Westdeutschland und vermutlich auch andere Länder aber nicht so ein-

Automatisches Gleichgewicht durch freie Wechselkurse

Die Außenhandelsituation der Bundesrepublik ist seit bald einem Jahr durch Überschüsse gegenüber der EZU. und den meisten der sogenannten „Verrechnungsländer“, d. h. derjenigen Länder, mit denen bilaterale Verrechnungsabkommen bestehen, gekennzeichnet. Die Ausweitung der Liberalisierung für Waren aus EZU.-Ländern auf mehr als 90 % hat keine Entlastung gebracht, und angesichts eines Überschusses von mehr als 500 Mill. \$ drohen Maßnahmen ähnlich denen, die im September vorigen Jahres gegenüber Brasilien ergriffen werden mußten und die im Endeffekt nicht zu einer Anhebung unserer

Einfuhren auf den Stand der Ausfuhren, sondern zu einem Absinken der Ausfuhren unter den Stand der Einfuhren geführt haben.

Bei Diskussionen über die Situation wird oft davon gesprochen, daß unsere Ausfuhr eben nur so lange wachsen konnte, wie sie niedriger als die lebensnotwendige Einfuhr war, daß die Ausfuhr — wolle man nicht Kapitalexpert betreiben, was wir uns angesichts unserer Kapitalknappheit nicht leisten können — notwendigerweise an der Einfuhrfähigkeit ihre Grenzen finde und daß die Einfuhrfähigkeit eine gegebene Größe sei, die sich zumindest nicht kurzfristig erhöhen



VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
20 BETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

fach, daß man innerhalb der jetzigen Relationen sagen könnte, der äußere Wert unserer Währung sei zu hoch oder zu niedrig. Wäre es so, würde uns ja einfach eine Ab- oder Aufwertung aus den Schwierigkeiten heraushelfen. (Daß wir das sowieso angesichts unserer Mitgliedschaft im IWF. nicht ohne weiteres können, sei hier einmal außer acht gelassen.) Auf die deutsche Währung trifft sowohl das eine als auch das andere zu. Den Ländern gegenüber, bei denen es eine DM-Lücke gibt, ist unsere Währung zu niedrig, dagegen gegenüber dem Dollarraum zu hoch, daher unsere ständige Dollarlücke. Gegenüber der EZU., als Gesamtheit wäre unsere Währung ebenfalls zu niedrig; die Einzelabrechnung aber erweist, daß dies immer nur gegenüber 9 Ländern der Fall ist, während sie gegenüber den restlichen 7 Ländern, bei denen wir ständig im Defizit sind, zu hoch ist.

Auf der ganzen Welt gibt es derartige falsche Relationen. Sie sind der wahre Grund für die Zahlungsbilanzschwierigkeiten, deren man mit einem ungeheuren Aufwand von Bestimmungen und Gesetzen und mit den zu ihrer Durchführung notwendigen Verwaltungsapparaten Herr zu werden versucht. Sie wären mit einem Schlage verschwunden, wenn man sich entschließen würde, wieder zu einem System flexibler Wechselkurse zu-

rückzukehren, in dem jede Währung automatisch den Außenwert erhält, der ihrem inneren Wert entspricht.

In einem solchen System könnte es sich kein Land leisten, ohne Rücksicht auf seine Exportmöglichkeiten zu importieren: das durch eine solche Politik entstehende Überangebot seiner Währung würde deren Wert so absinken lassen, daß weitere Einfuhren unerschwinglich werden und daher unterbleiben. Gleichzeitig aber würde dieses Sinken des Kurses die Ausfuhr des betr. Landes beleben, und zwar so lange, bis der Kurs, der dem inneren Wert entspricht, wieder hergestellt ist. Ist ein solcherweise automatisch funktionierendes System nicht dem heutigen vorzuziehen?

Gegen derartig ketzerische Gedanken werden die Verfechter der Vollbeschäftigung, der festen Preise und Löhne aufstehen. Nun, man muß für alles im Leben einen Preis zahlen. Aber niemand glaube, daß er ihn im jetzigen System nicht zahlt. Verwaltungsapparate, Subventionen und all die sonstigen Krücken, auf die sich der Außenhandel aller Nicht-Dollar-Länder heute stützt, kosten so erhebliche Steuergelder und behindern den echten Wettbewerb und die höchste Leistung derart, daß der einzelne Staatsbürger höchstwahrscheinlich mehr zahlt, als er zahlen müßte, wenn durch sinkende Kurse die Preise zeitweilig steigen. (M. R.)

„Ces simplificateurs terribles“

Viele möchten zu gern unter dem beruhigenden Gefühl einschlummern, daß das Problem der Entwicklung zu den aktiven Konten aus unserem Außenhandel keine Gefahr mehr sein könne, weil unser Markt ohnehin selbst die lebensnotwendigen Güter nicht mehr aufnehmen wolle, die mit einer steigenden Ausfuhr eingeführt werden könnten. Darin liege auch zuletzt die Erklärung dafür, daß der Außenhandel sich bei einer Steigerung immer mehr zu einem Kapitalexport ausdehnen müsse, was bei dem Mangel an Kapital in unserer eigenen Wirtschaft nicht zu verantworten sei. Die Probleme sind aber leider viel subtiler, und wer tiefer in die Zusammenhänge

eindringt, wird bald erkennen, auf welchem Irrweg sich alle die befinden, die in dieser Form so schrecklich vereinfachen wollen.

Hinter den aktiven Konten zeichnet sich doch mehr das Problem der zunehmenden Industrialisierung bei unseren Abnahmeländern in seiner weitreichenden Auswirkung auf unseren Kontinent ab, dem wir nicht damit begegnen dürfen, daß wir uns plötzlich wieder auf die Autarkie zurückziehen. Das Beispiel Brasiliens hat uns auch gezeigt, daß der deutsche Markt die brasilianischen Importgüter nur deshalb verweigerte, weil durch eine autoritäre Wirtschaftspolitik in Brasilien ungewöhnlich hohe Preise gefordert wurden, und nicht deshalb,

weil unsere Wirtschaft auf diese Güter verzichten konnte. Daraus läßt sich nicht die Auffassung ableiten, daß der Export nach Brasilien uns gleichgültig sein könne.

Dabei sind wir keineswegs der Meinung, daß wir Export allein wegen des Exports betreiben sollen: das Endziel liegt immer in der Einfuhr und auch hier nur so, daß sich die Importe laufend sinnvoll in unsere Gesamtwirtschaft einordnen und sie vor allem nicht die Quellen unserer Binnenwirtschaft verschütten dürfen, wobei die Interessen unserer Landwirtschaft im Vordergrund stehen. Es kommt also bei unserem Außenhandel allein auf das Zusätzliche an Einfuhr an: auf das Zusätzliche über das hinaus, was wir mit unseren eigenen natürlichen Kräften nicht erstellen können. Und dieses Zusätzliche richtet sich danach, wie wir unseren Lebensstandard bemessen wollen.

Die meisten aber, die dabei von einem Lebensstandard sprechen, der zum mindesten unter dem Gesichtspunkt des Lebensnotwendigen bei uns gesichert sein soll, sind in der glücklichen Lage, daß sie über weit mehr verfügen können als die, deren Standard sie wertend einsetzen. Aber wenn wir uns auch von dem Grundsatz der Bescheidenheit leiten lassen, so müssen wir feststellen, daß aus der breiten Sicht unser Lebensstandard bis heute noch hart an der Grenze des Existenzminimums liegt und die kleinsten Unpäßlichkeiten im Außenhandel daher die schwerwiegende Folge haben können, daß sich sogar dieses Minimum nicht mehr decken läßt. Man darf nicht immer nur von den Vergütungen für besonders hochqualifizierte Facharbeiter ausgehen, sondern muß das Lohnniveau der Arbeiter in seinem Durchschnitt sehen und vor allem die Situation in den unteren Lohnstufen besonders beachten.

Aber selbst wenn wir zuletzt noch unterstellen, daß der Lebensstandard augenblicklich bei den Erwerbstätigen zwar bescheiden, aber doch einigermaßen gesichert ist, so taucht sofort das Problem unserer Erwerbslosen auf. Man möchte allen denen, die sich ausreichend kleiden

und ernähren können, empfehlen, sich in den Lebensstandard derer einzufühlen, die noch arbeitslos sind und von den Bezügen der Erwerbslosenfürsorge leben müssen. Sie vor allem verzichten auf das, was auch heute noch zu wenig auf dem Markt ist, um es anderen zukommen zu lassen; und wir dienen der Wahrheit nicht, wenn wir verschweigen wollten, daß Erwerbslose oft das tun müssen, was vom Hungern nicht zu weit entfernt ist. Ihnen kann allein durch eine Steigerung des Exports geholfen werden, wodurch wir zusätzlich die Güter beschaffen, die den Erwerbslosen noch vorenthalten werden. Dabei sind wir selbstverständlich nicht der Auffassung, daß nur die Arbeitslosenbezüge angemessen erhöht werden sollen. Unser Ziel ist weit mehr darin zu sehen, über eine Steigerung der Ausfuhr die Arbeitsplätze zu vermehren, um auch den letzten arbeitsfähigen Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß einzuschalten, damit er so seine ausreichende Existenz findet, die dann aus dem Mehr an eingeführten Gütern gedeckt werden kann. Darin liegt für uns das Problem der Vollbeschäftigung, über das soviel im Abstrakten diskutiert wird, das aber nur dann in seinem ethischen Hintergrund zu erkennen ist, wenn man es mehr mit den Realitäten des Lebens anfüllt.

Und nicht die Arbeitslosen allein dürfen hier genannt werden. Auch die Rentenbezieher und die von der sozialen Fürsorge Betreuten leben bei uns unter Verhältnissen, von denen sich die meisten, die eine genügende Existenzgrundlage haben, kaum die richtige Vorstellung machen können. Auch bei ihnen werden wir zuletzt nur durch eine Steigerung der Ausfuhr dafür sorgen können, daß die Not in ihren Kreisen zum mindesten gelindert wird.

Wir wissen, daß es nicht genügt, diese Postulate zu erkennen; der Wirtschaftspolitiker hat auch die Aufgabe, die Möglichkeiten aufzuzeigen, durch die sie sich verwirklichen lassen. Wer aber aus den Vorstellungen der Marktwirtschaft sich nicht lösen kann, wird hier nur resignieren können, weil über die Automatik eines Regulativs

allein aus den Preisen eine gerechte Verteilung der Konsumgüter und die Wünsche unserer Binnenwirtschaft gegenüber der Einfuhr gleichzeitig niemals gesichert werden können. Uns wird hier nichts anderes übrig bleiben als der Weg einer großzügigen Grundplanung von der Warensseite aus; nicht einer Planung des Außenhandels allein, sondern unserer gesamten Wirtschaft, in die sich der Außenhandel sinnvoll einordnen und der auch die Preispolitik sich unterordnen muß. Damit sprechen wir nicht für eine starke staatliche Bevormundung der Wirtschaft, sondern die damit verbundenen Aufgaben werden weitgehend von den Einrichtungen der Wirtschaft selbst übernommen werden können, wobei die staatlichen Organe vornehmlich für eine vernünftige Koordinierung zu sorgen haben. Eine solche Grundplanung muß daher auch die private Initiative nicht beeinträchtigen; es wird eben die Kunst staatlicher Führung sein, die Ausmaße der Planung so weit abstecken zu lassen, daß auch das Persönliche sich noch genügend entwickeln kann.

Den Außenhandel aber werden wir weiter mit allen Mitteln fördern müssen, um jedem einen Lebensstandard zum mindesten bis

zur Grenze des Lebensnotwendigen zu ermöglichen. Dabei können wir auch dem Problem der Kreditgewährung nicht einfach ausweichen. Kredite werden immer zu vertreten sein, wenn sie der Förderung der Ausfuhr von solchen Fertigerzeugnissen dienen, die die anderen Länder entweder konsumieren oder nur für den Ausbau ihrer eigenen Kraftquellen, besonders für den ihrer Landwirtschaften, investieren. Mit flexiblen Wechselkursen oder ähnlichen Maßnahmen wird das Problem hier jedoch niemals zu lösen sein. Dazu ist die Eigenwilligkeit, vor allem der Staaten in Übersee, noch zu groß. Wir werden insbesondere über die Handelsverträge versuchen müssen, unsere Wünsche zu realisieren, wobei wir bei der heutigen Lage zumeist davon ausgehen sollten, daß in ihnen nichts anderes als globale Warengeschäfte vereinbart werden, die sich so weit wie überhaupt möglich in die Rangordnung der Gesamtwirtschaft einordnen und deren juristische Formulierung den Abschlüssen der Kaufleute ähnlich sein sollte, wie wir das in unserem Aufsatz zum Brasiliengeschäft in der Septembernummer des vergangenen Jahres schon eingehender begründet haben. (Kö.)

Peinliche Überschüsse?

Der vor einigen Wochen für April 1953 mit 274 Mill. DM ausgewiesene Ausfuhrüberschuß gab das Stichwort für eine Reihe höchst kritischer Betrachtungen, die, durch Untersuchungen des Wirtschaftsministeriums unterstützt, sich bis zur Behauptung „peinlicher Überschüsse“ verstiegen. Sorge machen die seit langem anwachsenden Überschüsse im Raume der Europäischen Zahlungs-Union und die Überschüsse mit Verrechnungsländern. Aber diese Sorgen eines scheinbar reichen Mannes sind doch grundverschieden von den Zahlungsbilanzschwierigkeiten, aus denen sich Westdeutschland erst vor zwei Jahren frei machen konnte, und sie sollten vor allem nicht so gleich Anlaß zu gewagten planerischen Experimenten geben, um einen angeblich besorgniserregenden Notstand kurzfristig zu überwinden.

Doch bevor wir einige Lösungsmöglichkeiten diskutieren, sei vorher kurz auf einige Tatsachen der jüngsten außenwirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen:

1. Der kumulative Rechnungüberschuß der Bundesrepublik gegenüber der EZU. stieg von dem bescheidenen Überschuß von 43 Mill. Dollar am Ende des Jahres 1951 im nächsten Jahr auf 378 Mill., erreichte im September 1952 einen ersten Höhepunkt von 443 Mill. Dollar und stieg in der Juniabrechnung dieses Jahres auf 577 Mill. Dollar. Vermutlich wird er in den nächsten Monaten — wenn auch mit einem merklich verlangsamten Tempo — weiter ansteigen.

2. Der aktive Zahlungssaldo gegenüber den Verrechnungsländern wuchs von einem geringen Minus am Jahresende 1951 um über 200 Mill. \$ im Laufe des Jahres 1952 und ist bis Ende April dieses

Jahres nur mäßig um weitere 10 Mill. \$ angestiegen. Davon fallen allein 94 Mill. \$ auf Brasilien.

3. Die allgemeine Tendenz des Außenhandels ist in jüngster Zeit abflauend. Der Außenhandelsüberschuß sank im Mai infolge eines erheblichen Ausfuhrückganges und einer geringeren Einfuhrminderung auf 192 Mill. DM. Die Wachstumsrate der kumulativen Rechnungsposition gegenüber der EZU. ist höchst unterschiedlich und sprang im Juni von 170 Mill. DM auf 220 Mill. DM pro Monat. Die Überschüsse gegenüber Verrechnungsländern betragen in den ersten fünf Monaten nur 42 Mill. DM, sind also relativ unbedeutend.

4. Die angegebenen Einfuhr- und Zahlungsmächtigungen für die EZU. sowie für sonstige Verrechnungsländer zeigen eine schwach abfallende Tendenz, gegenüber Dollarländern hingegen eine steigende.

5. Seit Mitte 1952 erlitt der Export in bilaterale Verrechnungsländer eine erhebliche Abschwächung, und zwar infolge der dortigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Dieser Rückgang wurde durch verstärkte Exporte in die Dollarräume mehr als wettgemacht.

6. Die Terms of Trade (d. h. die realen Austauschrelationen errechnet aus dem Verhältnis der Durchschnittswerte der Ausfuhr zu den Durchschnittswerten der Einfuhr) haben sich im Jahre 1952 fortlaufend verbessert, schwächten sich zwar im 1. Vierteljahr 1953 etwas ab, liegen aber noch weitaus günstiger als im Vorjahr. Es ergab sich daraus für das Jahr 1952 — gegenüber 1951 — nach den Berechnungen der BdL. eine Devisenersparnis auf der Einfuhrseite von rund 0,9 und auf der Ausfuhrseite von 1,3 Mrd. DM. Es ist zu bezweifeln, daß bei der sich verschärfenden Konkurrenz für Industrieprodukte und bei den Aufnahmeschwierigkeiten, die durch den Preisverfall in überseeischen Rohstoffgebieten entstanden sind, diese überaus günstige Austauschrelation weiterhin anhält. Dieses spiegelt allerdings noch nicht den Rekordeingang für Auslandsaufträge der deutschen Industrie wieder.

7. Die allgemeine weltwirtschaftliche Lage läßt sich wohl am besten

als ein bereits überaus langandauernder Boom charakterisieren, dessen Abbröckelung vielseitig befürchtet wird, der insgesamt gesehen jedoch vorerst unverändert anzuhalten scheint. Vermutlich — oder sogar wahrscheinlich — wird jedoch das Anstiegstempo weiterhin leicht nachlassen.

Diese kurze Tatbestandsaufnahme erhärtet unsere Bedenken gegenüber drastischen wirtschaftspolitischen Korrekturen, entbindet aber nicht von einer Überprüfung des Instrumentariums zur Förderung von Ausgleichstendenzen unserer Zahlungsbilanz. Drastische Korrekturen sind zwar erforderlich, aber nicht bei uns, sondern beim kranken Mann am Bosphorus und noch wichtiger bei seinem Kollegen an der Seine und in Rio. — Einer sozialen Marktwirtschaft angemessen erscheint nur eine expansive und keine restriktive Lösung, die letztlich unser Beschäftigungs- und Wohlstandsniveau negativ beeinflussen würde. Deshalb mußte man sich wohl oder übel zu einer Aufstockung der EZU.-Quote bequemen, und man erörtert nun eine weitere Erhöhung. Dieses technische Hilfsmittel ermöglicht die Vermeidung von Exportrestriktionen, trägt aber nichts zu einer Gesamtlösung bei, falls nicht in der den EZU.-Partnern gewährten Atempause erhebliche strukturelle Umschichtungen stattfinden, insbesondere die bisherige Tendenz zur Verlagerung der Importe nach dem EZU.-Raum nachhaltig zunimmt. Diese Verlagerungen dürften jedoch nur aus dem Dollarraum erfolgen, was auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten stoßen wird, wie das Anwachsen der Importe aus dem Dollarraum im Mai 1953 beweist. Gegenüber den Verrechnungsländern mußte bekanntlich bei Überschreitung der Zahlungsspielräume ein restriktives Verfahren angewandt werden; denn was nutzen nicht realisierbare Auslandsguthaben, insbesondere wenn sie zinslos und ohne Aussicht auf Tilgung bleiben. Die große Gefahr für den deutschen Export liegt und lag darin, daß gerade diese Länder gemessen an den offiziellen und zu meist überhöhten Wechselkursen hohe Preise zu zahlen versprechen

und so den Export von den schwierigeren Hartwährungsländern abwenden. Eine Bereinigung der Wechselkurspolitik mancher, insbesondere südamerikanischer Länder erscheint als dringend erforderlich. Eine Umlagerung der Importe auf Einfuhren aus Ländern mit besonderen Zahlungsschwierigkeiten ist bei der geschilderten Sachlage stets mit einer Verschlechterung der Einfuhrbedingungen verknüpft, denn diese sind ja ein Ausdruck der internationalen Konkurrenzunterlegenheit. Hier das richtige Mittelmaß zwischen Entgegenkommen bei der Kreditierung von Exporten aus Deutschland sowie Einräumung neuer Importchancen einerseits und ausreichender Härte beim Ausgleich von Überschreitungen des Swings andererseits zu finden, dürfte eine der schwierigsten Aufgaben zukünftiger handelspolitischer Vereinbarungen sein.

Diese partiellen Betrachtungen müssen ergänzt werden durch die Feststellung, daß nach Ansammlung ausreichender Währungsreserven und Rückstellungen für die durch das Londoner Schuldenabkommen und andere Verträge eingegangenen Verpflichtungen das Importniveau mengenmäßig gesehen noch weiter angehoben werden müßte. Zur Abdeckung aller derartigen Verpflichtungen reichen gegenwärtig die Devisenüberschüsse von rund vier Monaten aus, die Überschüsse der restlichen acht Monate eines Jahres würden demnach zwangsläufig eine Kreditgewährung an das Ausland bedeuten, während der Kapitalmangel in Deutschland noch immer eines der wichtigsten ökonomischen Probleme darstellt. Aus dieser paradoxen Lage können wir nur herauskommen, wenn die Einfuhrbereitschaft unseres Landes gesteigert wird. Hierfür sprechen die bereits erwähnten außerordentlich günstigen Austauschrelationen sowie die geringen Lagerbestände. Die Einkaufsbereitschaft der deutschen Wirtschaft sollte durch fiskalische und zollpolitische Begünstigungen angehoben werden. Hierzu kann die Verbilligung der Zinskosten durch die letzte Diskontsenkung auf 3½% erheblich beitragen. Andererseits sind die Verantwortlichen unserer Noten-

bankpolitik aus begreiflichen Gründen nicht gewillt, den „klassischen“ Zahlungsbilanzausgleich über eine Preiserhöhung — sprich inflatorische Tendenzen — wirksam werden zu lassen. Dies würde zu einem höheren Inlandsverbrauch, steigenden Importen und fallenden Exporten führen. Abgesehen von den spezifischen Problemen eines solchen Experimentes gerade im deutschen Währungsraum, läßt sich die Gefahr nicht von der Hand weisen, daß bei einem Wettlauf der Preiserhöhungen manche stark verschuldete Außenhandelspartner als Sieger hervorgehen würden, da sie doch bereits einen deutlichen Startvorsprung haben.

Während die einen von „peinlichen Überschüssen“ sprechen, schreibt die Bank deutscher Länder in ihrem am 27. Mai veröffentlichten Geschäftsbericht, man habe im Laufe des letzten Jahres in außenwirtschaftlicher Hinsicht endlich etwas „Luft bekommen“. Man solle jedoch nicht nur die Zukunft in einem optimistischen Licht sehen, vielmehr zeichne sich deutlich ein Stagnieren der Ausfuhrerlöse seit fast einem Jahre bei erheblichen zusätzlichen Belastungen ab! Unseres Erachtens gibt es bei der gegenwärtigen Situation nur eines: behutsam fiskalisch-monetäre Einfuhrerleichterungen einzuräumen bei einer weiteren Exportförderung, ohne sich dabei auf kühne Experimente in der einen oder anderen Richtung — Sprung in die Konvertibilität oder Verschärfung bilateraler Absprachen — einzulassen. (Rp)

Gleiche Ziele auf verschiedenen Wegen?

Der Bundestagswahl im September 1953 wird eine schicksalsschwere Bedeutung beigemessen. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man die Gründe für die besondere Gewichtung dieser Wahl in erster Linie im Außenpolitischen sucht. Es sind während des letzten Jahres der Regierung der Bundesrepublik trotz ihrer noch beschränkten Souveränitätsrechte Entscheidungen zugeschoben worden, die die wirtschaftliche und politische Gestaltung Deutschlands auf lange Sicht hin ausschlaggebend beeinflussen können. Bedauerlicherweise ist es nicht möglich gewesen, diesen außenpolitischen Entscheidungen eine Formulierung zu geben, die die Zustimmung des gesamten Parlaments gefunden hätte. Ich möchte nicht darüber urteilen, ob das an der Kompromißlosigkeit der Regierungsparteien oder an der unversöhnlichen Haltung der Opposition gescheitert ist. Vielleicht liegt aber der Grund auch tiefer. Vielleicht liegt er in der psychologischen Struktur unseres Parteiengefüges, die aus Prestigegründen jedes Zusammengehen von Regierungspartei und Opposition verbietet. Eine solche parlamentarische Grundstimmung wäre allerdings recht bedenklich, auch für die künftige Legislaturperiode, denn sie würde bedeuten, daß für alle Zeiten die Mehrheit — und sei sie noch so schwach — gegen die Minderheit regieren würde. Und das liegt keinesfalls im Sinne der Demokratie. Dabei ist eines besonders zu beachten, daß nämlich — soweit man den ernsthaften Versicherungen der Politiker glauben kann — das letzte Ziel das gleiche ist.

Wenn auch das Gewicht der Bundestagswahl nach außenpolitischen Entscheidungen gemessen wird, so dürfte die Wahlentscheidung des einzelnen wohl in stärkerem Maße von wirtschafts- und sozialpolitischen Erwägungen abhängen. Auf diesem Gebiete hat es nun allerdings den Anschein, als ob die schroffe Antipodenstellung der gegnerischen Parteilager sich gemildert habe. Wir sind heute von der Verfechtung einer reinen automatischen Marktwirtschaft ebenso weit abgekommen wie von der Verfechtung einer zentralgeleiteten Verwaltungswirtschaft. Die Erhaltung des Wettbewerbs als Leistungsauslese und der persönlichen Initiative als Leistungsanreiz wird heute, mit Ausnahme der Kommunisten, von allen Parteien vertreten. Es scheint nur ein gradueller Unterschied noch zu sein, in welchem Umfang und auf welchen Sektoren eine staatliche Einflußnahme und Steuerung wirksam werden soll. Oder sollte der Anschein trügen? Wenn man jedoch den ernsthaften Versicherungen der Politiker Glauben schenken darf, dürfte auch auf diesem Gebiet das Ziel das gleiche sein.

Dem Gewichte, das dieser Wahl beigemessen wird, dürfte auch die Erbitterung entsprechen, mit der dieser Wahlkampf geführt wird. Wir sollten jedoch bestrebt sein, auch diese Erbitterung mit sachlichen Argumenten zu bestehen, und uns nicht zu persönlichen Angriffen fortreißen lassen. Der Wähler hat einen Anspruch darauf, von den Politikern zu verlangen, daß der Wahlkampf sachlich geführt wird, denn er soll ja seine Entscheidung nach sachlichen Argumenten fällen. Aber der Wähler sollte auch gerade dem Gewicht dieser Wahl entsprechend sich in besonders starkem Maße sachlichen Erwägungen zugänglich zeigen und sich in seiner Wahlentscheidung nicht traditionsgebunden fühlen. (sk)

Hellmut Kalbitzer, Hamburg

Investiert die Hohe Behörde in Deutschland?

Weshalb reist man heute in die USA? Man will politische Unterstützung und — Kredit. So war es auch bei der kürzlichen Reise der drei Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion Monnet, Etzel und Spierenburg. Freilich war es keine der gewöhnlichen Pumpptouren, zu der sich so viele Nachkriegseuropäer entschließen mußten, denn die Hohe Behörde ist dabei, sich eine eigene reelle Kreditunterlage durch Erhebung einer Umlage (man könnte auch sagen einer internationalen Steuer) von 0,9% der Umsätze aller zur Montanunion gehörigen Betriebe zu schaffen. Mit dieser Einnahme wird die Verwaltung der Hohen Behörde finanziert und ein „Garantiefonds“ geschaffen. Dieser Fonds soll Ende 1953 eine Höhe von etwa

20 Mill. Dollars haben und weiterhin jährlich um etwa 40 Mill. Dollar anwachsen.

An der Aufbringung der Umlage sind beteiligt:

Deutschland	46,5 %	Italien	4,5 %
Frankreich/Saar	31,0 %	Holland	4,0 %
Belgien	11,0 %	Luxemburg	3,0 %

Die Kohlenindustrie des Gebiets erbringt 46%, die Eisenindustrie 54% der Umlage. Die Belastung entspricht einer Kostenerhöhung von etwa 10,— DM für 1 t deutschen Rohstahl.

Die Hohe Behörde hat sich über ihre Absichten der künftigen Investitionspolitik und über den Erfolg ihrer Finanzverhandlungen noch nicht verbindlich geäußert. Aber sie scheint kommerzielle und staatliche Kreditzusagen in den USA. erhalten zu haben. Sie